

Bundeszentren für Migranten

Kantone wollen Flüchtlinge aus Nordafrika nicht unterbringen – und fordern mehr Geld für Asylsuchende

VON PASCAL TISCHHAUSER
UND TITUS PLATTNER

BERN Die Kantone sind wegen der drohenden Flüchtlingswelle aus Nordafrika im Streit mit dem Bund. Sie wollen nicht, dass vor allem sie unter der Flüchtlingswelle aus Nordafrika zu leiden haben, und fordern deshalb ein anders Asylmanagement. Das zeigen Recherchen der SonntagsZeitung.

Konkret soll der Bund vermutete Wirtschaftsflüchtlinge in Bundeszentren unterbringen, anstatt sie auf die Kantone zu verteilen. Das hat der Generalsekretär der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD), Roger Schneeberger, nach dem Gipfeltreffen mit Vertretern des Bundesamts für Migration (BFM), des Aussen- sowie des Militärdepartements und des Grenzschutzkorps klargemacht. Er findet, man müsse «die richtigen Signale aussenden» und frühzeitig klären, welche Flücht-

linge keine Chance auf Asyl hätten. Die KKJPD-Präsidentin Karin Keller-Sutter doppelte im Interview (siehe rechts) nach, Wirtschaftsflüchtlinge müssten bereits auf Lampedusa ausgemustert werden, weil mit einer Zuweisung in die Kantone der Prozess «unnötig verlängert» werde.

Zudem wollen die Kantone für ihre Kosten im Asylwesen besser entschädigt werden. Ein Kantonsvertreter machte am Treffen klar, dass es mit den ordentlichen Tagespauschalen für Asylbewerber nicht getan sei. Die Kantone müssten kostspielige Vorkehrungen für eine allfällige Flüchtlingswelle treffen. So würden etwa zusätzlich angemietete Unterbringungsplätze nicht abgegolten. Solche wollen die Kantone entschädigt haben.

In der gestrigen «Samstagsrundschau» auf Radio DRS 1 mochte Justizministerin Simonetta Sommaruga nicht auf Geldforderungen eingehen.

Schliesslich erwarten die Kantone, dass die Justiz-

Islamisten auf der Flucht

Der Schweizer Nachrichtendienst fürchtet, dass mit der Flüchtlingswelle aus Nordafrika radikale Islamisten in die Schweiz gelangen. Diese Befürchtung hat ein Vertreter am Asylgipfel vom Donnerstag geäussert. Er verlangte, dass frühzeitig darüber informiert werden müsse, wer in die Schweiz einreisen wolle, damit der Nachrichtendienst rechtzeitig die Personalien überprüfen und die Einreise von Islamisten verhindern könne. Der Nachrichtendienst befürchtet, ob der grossen Zahl an Flüchtlingen selbst an Grenzen zu stossen. Während der Aufstände in Tunesien, Ägypten und Libyen konnten zahlreiche Islamistenführer aus der Gefangenschaft entweichen. Der Nachrichtendienst kommentiert eine allfällige Gefährdung durch islamistische Flüchtlinge jedoch nicht. TITUS PLATTNER

ministerin mehr Druck auf Italien ausübt. Der Nachbarstaat habe sich an die Dublin-Regeln zu halten. Wie verschiedene Seiten bestätigen, nimmt Italien zurzeit nur noch eine begrenzte Zahl an Dublin-Fällen zurück. Als solche gelten Flüchtlinge, die vor der Einreise in die Schweiz bereits in einem anderen Schengen-Land registriert worden sind. In diese Länder kann die Schweiz Asylbewerber zurückschicken.

Das Grenzschutzkorps will die Armee nicht an der Grenze

Italien kommt seinen Verpflichtungen aber nicht mehr voll nach. Die Aussagen dazu sind widersprüchlich. Die Rede ist von zwei bis fünf Personen, die Italien pro Tag nur noch akzeptiert. Die St. Galler Regierungsrätin Keller-Sutter spricht von vier respektive fünf Flüchtlingen – je nachdem, ob diese aus Genf oder Zürich nach Italien gebracht werden.

Das BFM bestätigt nur, dass Italien auf dem Römer Flughafen Einschränkungen mache. Die

Kantone befürchten jetzt, dass die italienische Praxis die Flüchtlingssituation in der Schweiz zusätzlich verschärfen wird.

Noch ist die Zahl der Flüchtlinge verkraftbar, zumal ein Grossteil von ihnen wieder nach Nordafrika zurückkehren muss. Anders könnte das aufgrund der Entwicklung in Libyen aussehen. Dort leben je nach Quelle 1,5 bis 3 Millionen Migranten aus der Subsahara. Sommaruga spricht von 2,5 Millionen. Diese drängen in die Nachbarländer. Dass diese dereinst nach Europa gelangen, davor fürchten sich viele, allen voran die SVP. Sie verlangt einen Armeeinsatz an der Grenze mit systematischer Grenzkontrolle.

Der Chef des Grenzschutzkorps, Jürg Noth, winkt ab: Selbst wenn Schengen ausser Kraft gesetzt würde und systematische Grenzkontrollen vorübergehend wieder eingeführt würden, brauche es im Migrationsbereich «speziell ausgebildetes Personal, sprich Grenzwachterinnen und Grenzwachter».

«Flüchtlinge auf Lampedusa prüfen»

Karin Keller-Sutter über die Haltung der Kantone zu Asylsuchenden

Italien warnt vor einer riesigen Flüchtlingswelle aus Nordafrika. Sind die Kantone darauf vorbereitet?

Ob es eine Flüchtlingswelle gibt und wie gross diese sein wird, weiss derzeit niemand. In den Kantonen bestehen noch Reserven an Unterbringungsplätzen. Diese Reserven sind aber unterschiedlich gross. Wichtig ist mir jedoch: Bei den Menschen, die bislang auf Lampedusa eingetroffen sind, handelt es sich vorwiegend um Tunesier. Dabei dürften dies mehrheitlich Personen sein, die ihr Land aus wirtschaftlichen Gründen verlassen haben.

Sie meinen, diese Leute würden sowieso kein Asyl in der Schweiz erhalten?

Höchstwahrscheinlich die wenigsten von ihnen. Deshalb ist es den Kantonen so wichtig, dass Menschen ohne asylrelevante Gründe, sollten sie denn dereinst in die Schweiz kommen, gar nicht erst auf die Kantone verteilt werden.



Keller-Sutter, Präsidentin der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren

Wieso nicht?

Weil die Verteilung auf die Kantone den Asylprozess bei denjenigen Leuten, bei denen schon von vornherein klar ist, dass sie die Flüchtlingeigenschaften nicht erfüllen, unnötig verlängert. Die Prüfung muss deshalb schon vorher erfolgen, sodass nur noch diejenigen Asylsuchenden den Kantonen zugewiesen werden, die auch eine reelle Chance auf Asyl haben.

Und die ändern sollen in Bundeszentren untergebracht werden?

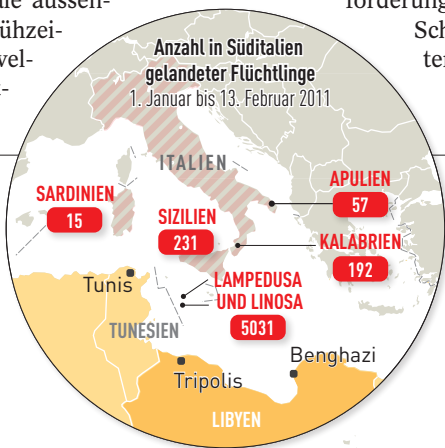
Ja, oder noch besser schon vor Ort behandelt werden.

In Tunesien?

Nein, aber die Flüchtlinge könnten beispielsweise schon auf Lampedusa geprüft werden. Asylbewerber aus Lampedusa, die den Weg in die Schweiz dennoch finden, könnte die Schweiz ja als sogenannte Dublin-Fälle nach Italien zurückschicken.

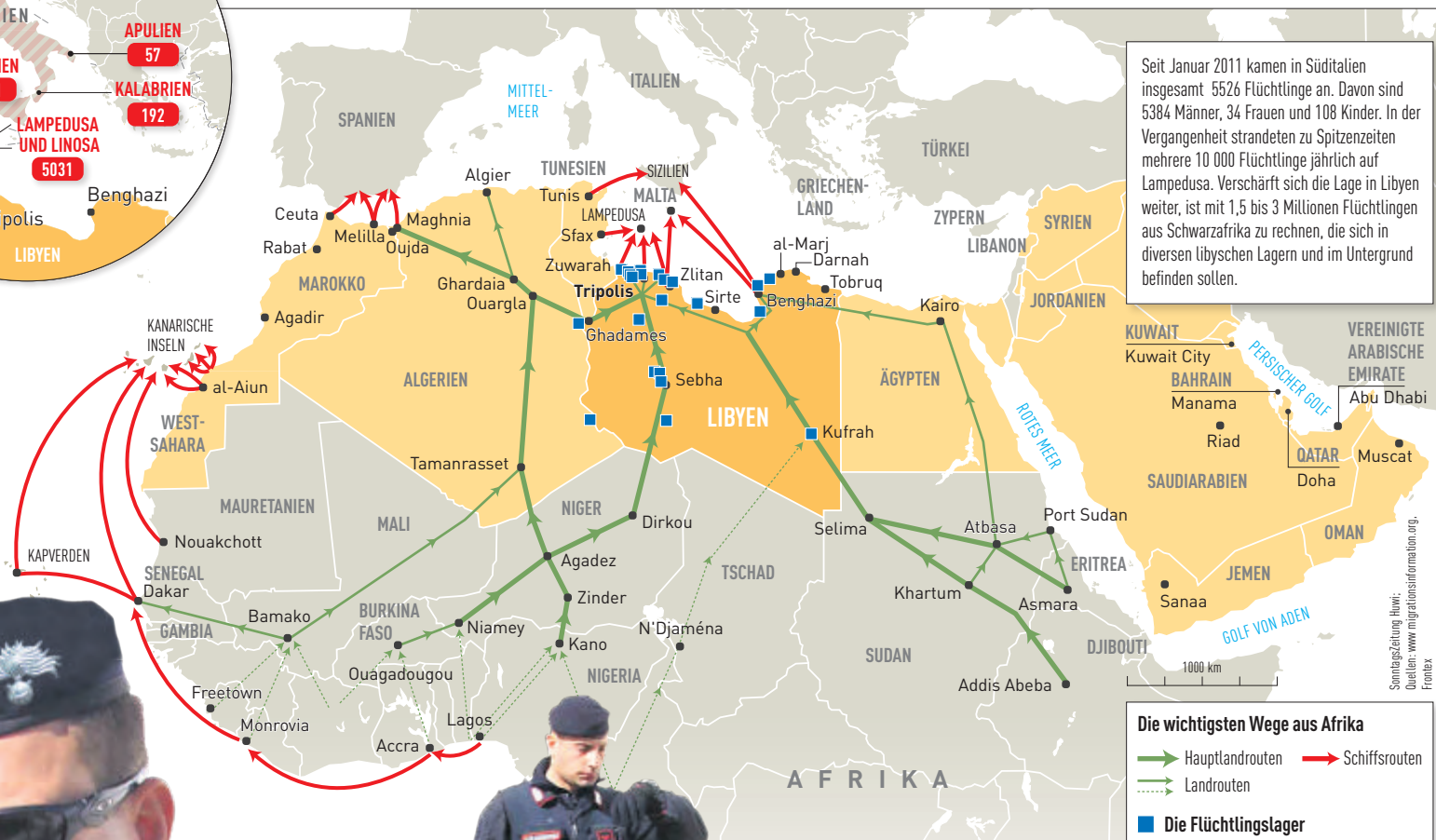
Das funktioniert schon heute nicht mehr richtig. Italien akzeptiert nur noch einmal täglich einen ordentlichen Flug mit einer begrenzten Zahl an Dublin-Fällen: mit fünf Personen, wenn der Flug aus Zürich stammt, und mit vier, falls er aus Genf kommt. Sonderflüge akzeptiert Italien nicht mehr. Damit haben wir heute schon Wartezeiten von mehr als einem Monat. Wenn die Flüchtlingszahlen tatsächlich steigen, wird das zur Belastungsprobe für das Dublin-System. Ich gehe davon aus, dass der Bund mit Italien das Gespräch sucht.

INTERVIEW: P. TISCHHAUSER



Fluchtrouten nach Europa

In Libyen sollen bis drei Millionen Flüchtlinge warten



Immigranten aus Tunesien auf der Insel Lampedusa: Zu Spitzenzeiten strandeten hier mehrere Zehntausend Flüchtlinge jährlich

FOTO: PHOTOMASI/KEYSTONE